

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/25784 –

Völkerrecht in der von Marokko besetzten Westsahara durchsetzen

A. Problem

Das Gebiet der seinerzeitigen spanischen Kolonie Westsahara wurde 1975 von marokkanischen und mauretanischen Truppen besetzt, die damit die von der bisherigen Kolonialmacht geplante Entlassung des Territoriums in die staatliche Unabhängigkeit vereitelten. Marokko annektierte in der Folge zunächst den nördlichen und nach dem Rückzug Mauretaniens 1979 auch den südlichen Teil der Westsahara, was von den Vereinten Nationen jedoch ebenso wenig anerkannt wurde wie die von der Befreiungsbewegung Frente Polisario 1976 erklärte Unabhängigkeit des Gebiets. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Marokko und der Frente Polisario wurden 1991 durch einen von den Vereinten Nationen überwachten Waffenstillstand beendet; das vorgesehene Referendum über die Zukunft der Westsahara, mit dem der Konflikt endgültig beigelegt werden soll, wurde mehrfach verschoben und konnte bisher nicht durchgeführt werden. Der Waffenstillstand wurde von der Polisario im November 2020 aufgekündigt, nachdem marokkanisches Militär in das von ihr kontrollierte Gebiet der Westsahara vorgedrungen war.

Die Antragsteller wenden sich gegen die fortdauernde marokkanische Besetzung der Westsahara und ihre fortschreitende faktische Eingliederung in das marokkanische Staatsgebiet und kritisieren die sich zunehmend verschlechternde Menschenrechtslage. Die Bundesregierung soll national sowie auf Ebene der EU und in den Vereinten Nationen geeignete Schritte unternehmen, um dem Vorgehen Marokkos in der Westsahara entgegenzutreten und auf die Durchführung des 1991 beschlossenen Referendums hinzuwirken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/25784 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Christoph Matschie
Berichterstatter

Dr. Lothar Maier
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Christoph Matschie, Dr. Lothar Maier, Ulrich Lechte, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/25784** in seiner 204. Sitzung am 14. Januar 2021 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Das Gebiet der seinerzeitigen spanischen Kolonie Westsahara wurde 1975 von marokkanischen und mauretani-schen Truppen besetzt, die damit die von der bisherigen Kolonialmacht geplante Entlassung des Territoriums in die staatliche Unabhängigkeit vereitelten. Marokko annektierte in der Folge zunächst den nördlichen und nach dem Rückzug Mauretaniens 1979 auch den südlichen Teil der Westsahara, was von den Vereinten Nationen jedoch ebenso wenig anerkannt wurde wie die von der Befreiungsbewegung Frente Polisario 1976 erklärte Unab-hängigkeit des Gebiets. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Marokko und der Frente Polisario wur-den 1991 durch einen von den Vereinten Nationen überwachten Waffenstillstand beendet; das vorgesehene Refe-rendum über die Zukunft der Westsahara, mit dem der Konflikt endgültig beigelegt werden soll, wurde mehrfach verschoben und konnte bisher nicht durchgeführt werden. Der Waffenstillstand wurde von der Polisario im No-vember 2020 aufgekündigt, nachdem marokkanisches Militär in das von ihr kontrollierte Gebiet der Westsahara vorge-drungen war.

Die Antragsteller wenden sich gegen die fortdauernde marokkanische Besetzung der Westsahara und ihre fort-schreitende faktische Eingliederung in das marokkanische Staatsgebiet und kritisieren die sich zunehmend ver-schlechternde Menschenrechtslage. Die Bundesregierung soll national sowie auf Ebene der EU und in den Ver-einten Nationen geeignete Schritte unternehmen, um dem Vorgehen Marokkos in der Westsahara entgegenzutre-ten und auf die Durchführung des 1991 beschlossenen Referendums hinzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/25784 in seiner 111. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ab-lehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/25784 in seiner 74. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/25784 in seiner 88. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/25784 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 24. März 2021

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Christoph Matschie
Berichtersteller

Dr. Lothar Maier
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

